

**Frankfurter
Montags-
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Die internationale Unterstützung
des Bürgerkrieges in Syrien**

Egbert Jahn

18. April 2016

Adresse des Autors:

Prof. em. Dr. Egbert Jahn
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften
Institut für Politikwissenschaft
Theodor W. Adorno-Platz 6
D-60323 Frankfurt
Tel.: +49-69-798 36653 (Sekretariat)
E-mail-Adresse: e.jahn@soz.uni-frankfurt.de
<http://www.fb03.uni-frankfurt.de/46500384/ejahn>

Zusammenfassung

Der nunmehr schon fünf Jahre andauernde Bürgerkrieg in Syrien, der sich zu einem kleinen Weltkrieg mit dem militärischen Eingreifen von vier VN-Großmächten sowie von Soldaten und bewaffneten Kämpfern aus rund 80 Ländern der Erde ausgeweitet hat, ist durch überaus verwickelte und sich rasch ändernde Allianzen und wenig übersichtliche Fronten zwischen zahlreichen militärpolitischen Akteuren gekennzeichnet.

Der Krieg in Syrien entstand zunächst im Rahmen des „arabischen Frühlings“ im Jahre 2011 aus der gesellschaftspolitischen Konfrontation zwischen dem diktatorischem Regime der Baath-Partei und des Assad-Clans und heterogenen, teils prowestlichen, liberalen und potentiell demokratischen oppositionellen Kräften, die bald darauf - wie in anderen arabischen Ländern auch – auf die Konkurrenz islamistischer Gruppierungen ganz unterschiedlicher geistig-politischer Orientierung trafen. Bis Sommer 2013 wurde im Westen noch über eine Militärintervention zum Sturz des Assad-Regimes gestritten, als die syrische Regierung auch Gaswaffen gegen die Zivilbevölkerung einsetzte. Mit der durch Rußland vermittelten Abgabe der Gaswaffen endete weitgehend die Diskussion über eine westliche Intervention, zumal Rußland sein Interesse am Erhalt des Assad-Regimes und seiner von ihm garantierten Marinebasis in Tartus deutlich machte. Danach wuchs das Gewicht der von Saudi-Arabien, Katar und der Türkei massiv materiell und finanziell unterstützten sunnitisch-islamistischen Kampfverbände im Krieg mit dem Assad-Regime, das immer mehr den Charakter eines alawitischen Regimes annahm und Beistand von schiitischen iranischen und libanesischen Kampfverbänden erhielt. Schließlich verschmolz mit der Herausbildung des „Islamischen Staates“ (IS) der Bürgerkrieg in Syrien mit dem im Irak. Dies löste wiederum eine maßgeblich von den westlichen Großmächten angeführte breite Allianz unter Beteiligung von sunnitischen Staaten gegen den IS aus, die sich bislang auf Luftangriffe auf den IS und zum Teil auch auf die Unterstützung von kurdischen bewaffneten Verbänden im Nordirak und Nordsyrien beschränkt. Schließlich griff auch die Luftwaffe Rußlands offen auf Seiten des Assad-Regimes in Nordwestsyrien ein, wo es aus einem schwer entwirrbaren Geflecht von prowestlichen, gemäßigt islamistischen und extremistischen al-Qaida-Verbänden sowie auch lokalen IS-Verbänden bekämpft wird. Trotz eines gefährlichen militärischen Zwischenfalls zwischen der Türkei und Rußland eröffneten sich damit aber auch bislang nur bescheidene Chancen zu einer neuen Allianz-Bildung zwischen dem Assad-Regime, der gemäßigten Opposition und der gesamten Staatenwelt gegen den IS, der nicht nur die innere Ordnung aller Staaten, sondern auch das gesamte Staatensystem umwälzen will. Wirklicher Frieden in der Region steht damit noch lange aus.

1 Die Internationalisierung des syrischen Bürgerkrieges

Am gestrigen Tag feierte die (Arabische) Syrische Republik ihren 60. Unabhängigkeitstag¹. Bereits drei Jahre später endete die Phase einer parlamentarischen Demokratie mit einem Militärputsch, dem weitere in den Jahren 1961, 1963 (als die Diktatur der Baath-Partei, der „Arabischen sozialistischen Partei der Wiedererweckung“ entstand), 1966 und 1971 folgten. Damit begann die lange Herrschaft von General Hafiz al-Assad (1930-2000) und seinem Sohn Baschar al-Assad (geb. 1965).² Nach Beginn des „arabischen Frühlings“ bzw. der „Arabellion“³ seit dem Dezember 2010 schien es nur eine Frage der Zeit, bis auch in Syrien das Ende der Ära arabischer Militärdiktatur erreicht werden würde. Denn nacheinander wurden die Diktatoren in Tunesien, in Ägypten und in Jemen durch Massenbewegungen gestürzt.⁴ Der irakische Diktator hatte bereits infolge des Interventionskrieges der USA und ihrer Verbündeten seine Macht und sein Leben verloren, der libysche erlitt mit Hilfe westlicher Luftwaffeneinsätze ein ähnliches Schicksal.⁵ 2011/12 sahen manche Beobachter eine fünfte Welle der welthistorischen Demokratisierung nach denjenigen in Osteuropa und Lateinamerika im Gange.

Syrien ist mit 185.000 qkm etwa halb so groß wie Deutschland, hatte aber im Jahre 2004 nur rund 18 Millionen Einwohner, bei Beginn des Krieges wohl über 21 Millionen. Große Teile des Landes sind Wüste und dünn besiedelt.⁶ Die meisten Syrer leben in den westlichen Landesteilen mit den Städten Damaskus, Aleppo, Homs, Hama, Latakia und am Euphrat mit den Städten Rakka und Deir az-Zor, um die hauptsächlich im Bürgerkrieg gekämpft wird. Unter den Syrern sind 89 % Araber, ca. 6 % Kurden und 2 % Armenier, außerdem einige Tscherkessen, Turkmenen und Türken.⁷ Politisch wichtig ist auch die konfessionelle Gliederung der Bevölkerung in 74 % Sunniten, 12 % Alawiten,⁸ 10 % Christen und 3 % Drusen.⁹

Der massenhafte Protest gegen das Assad-Regime begann im Südwesten des Landes am 17. März 2011 in Dar'a gegen die Verhaftung und Mißhandlung einiger Kinder, die Graffiti mit politischen Parolen gesprüht hatten, und breitete sich auf das ganze Land aus, als die Staatsorgane mit brutaler Gewalt gegen die Demonstranten vorgehen und mehrere Menschen erschossen.¹⁰ Schon wenige Tage später reagierten einige Demonstranten ebenfalls mit tödlicher Gewalt, so daß sich aus der wechselseitigen Gewaltanwendung bald ein Bürgerkrieg entwickelte, obwohl noch bis Januar 2012 in vielen Städten unbewaffnete Massendemonstrationen stattfanden. Die Demonstranten forderten anfangs Freiheit, Anerkennung der menschlichen Würde, die Bestrafung der staatlichen Gewalttäter, soziale Reformen, ein Ende der Korruption und eine Aufhebung des seit 1963 geltenden Ausnahmezustandes. Bald darauf verlangten sie aber nach den wiederholten blutigen Gewalttaten der Staatsorgane in der Öffentlichkeit

und in den Gefängnissen auch die Ablösung des Assad-Regimes. Ab Ende Juli 2011 bildete sich aus überwiegend sunnitischen Deserteuren der syrischen Streitkräfte eine Freie Syrische Armee, die anfangs säkulare und liberale, prowestliche politische Anschauungen repräsentierte, dann aber auch islamistische Gruppen aufnahm und sich zu einem lockeren Dachverband unterschiedlicher politisch-militärischer Gruppierungen wandelte.

Aus dem ursprünglich überwiegend gesellschaftspolitischen Konflikt, der auf dem Hintergrund einer tiefen sozioökonomischen Krise und eines rasanten Bevölkerungswachstums seine außerordentliche Brisanz erhielt, wurde in den folgenden Monaten eine Auseinandersetzung zwischen Dutzenden politisch ganz unterschiedlich orientierter Kampfverbänden der konfessionellen und ethnischen Gruppierungen der syrischen Gesellschaft, also vornehmlich der Alawiten, Sunniten, Schiiten, Christen und Drusen, der Araber und Kurden, außerdem von Säkularisten und Islamisten höchst unterschiedlicher Observanz.¹¹ Diese politisch-militärischen Kampfverbände gehen zeitweise untereinander Allianzen ein oder dulden sich stillschweigend im Kampf gegen einen gemeinsamen Feind und bekämpfen sich dann wieder mit aller Grausamkeit. Alle Seiten mißachten in unterschiedlicher Intensität das Kriegsvölkerrecht und verüben barbarische Akte gegen Zivilisten und Gefangene. Insgesamt sollen nach VN-Schätzungen in den vergangenen fünf Jahren 250.000, laut einem Syrischen Zentrum für politische Forschung bereits 470.000 Menschen in Syrien ihr Leben verloren haben.¹² Auf die Flucht haben sich innerhalb des Landes fast 8 Millionen Menschen der rund 20 Millionen Einwohner begeben; ins Ausland flüchteten bis Anfang März 4,8 Millionen Menschen.¹³

Der syrische Bürgerkrieg hätte wohl nie die Intensität und die Dauer von bislang fünf Jahren erreicht ohne eine massive internationale, teils offen deklarierte, teils verdeckte und geleugnete Beteiligung zahlreicher anderer Staaten mit umfangreichen finanziellen Mitteln, riesigen Waffenmengen und zahlreichen Truppenverbänden und Tausenden einzelner Kämpfer. An den bewaffneten Auseinandersetzungen in Syrien beteiligen sich in unterschiedlicher Weise und Stärke vier der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder, mehrere arabische Staaten, einige weitere NATO-Staaten wie die Türkei, außerdem der Iran und Israel¹⁴, an der Finanzierung des Krieges Dutzende von Staaten. Wohl 30.000 junge Männer und auch viele junge Frauen aus rund 100 Staaten der Erde¹⁵ sind freiwillig meist über die Türkei nach Syrien wie auch in den Irak gereist, um die bewaffneten Verbände der Dschihadisten und des „Islamischen Staates“ zu verstärken. In Syrien tobt also ein Krieg, an dem große Teile der Welt teilnehmen.

Zwei grundsätzliche politische Debatten zum syrischen Bürgerkrieg erhoben sich nacheinander im Westen. Bis in den September 2013 dominierte die Debatte über das Für und Wider

eines westlichen Interventionskrieges zum Sturz des Assad-Regimes, auch ohne Legitimation durch den VN-Sicherheitsrat, da mit einer Zustimmung Rußlands und der VR China nicht zu rechnen war. Danach begann langsam eine Diskussion über einen Verhandlungsfrieden zwischen den Bürgerkriegsparteien und den zahlreichen in den Krieg involvierten Staaten, insbesondere den USA und Rußland, Saudi-Arabien und Iran sowie der Türkei.¹⁶ Das massive militärische Eingreifen Rußlands auf der Seite des Assad-Regimes ab dem 30. September 2015, das zu erheblichen Gebietsgewinnen der Regierungstruppen beitrug, beschleunigte den Abschied des Westens und vieler arabischer Länder vom Konzept des Siegfriedens über das Assad-Regimes. Seither wird intensiv über die Idee eines Verhandlungsfrieden zwischen den Anhängern des bestehenden Regimes und der säkularen und gemäßigt-islamistischen Opposition gesprochen. Dabei ist besonders strittig, ob sie ein zeitweiliges Fortbestehen der Präsidentschaft Baschar al-Assads von vorneherein ausschließen soll. Ebenfalls strittig ist, ob die größte syrische Kurdenorganisation an den Friedensverhandlungen beteiligt werden soll.

Ab Oktober 2015 bereiteten 17 Staaten, die EU, die Arabische Liga und die VN auf Wiener Syrienkonferenzen eine Konferenz in Genf vor, an der ab Ende Januar 2016 die Regierung Syriens und die Oppositionsorganisationen in getrennten Gesprächen mit dem Sondergesandten der VN für Syrien Staffan de Mistura teilnehmen sollen, um eine Übergangsregierung nach sechs und Parlamentswahlen nach 18 Monaten anzustreben. Ausgeschlossen bleiben die in den Vereinten Nationen als terroristisch geltenden Organisationen „Islamischer Staat“ (*ad-dawla al-islāmīya*), die mit al-Qaida („Basis“ des Dschihad) verknüpfte al-Nusra-Front („Unterstützungs-Front“) und auf Drängen der Türkei und der USA die mit der Arbeiterpartei Kurdistans PKK (*Partiya Karkerên Kurdistanê*) in Verbindung stehenden kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG (*Yekîneyên Parastina Gel*), obwohl sie wie die irakischen Kurden vom Westen militärisch massiv beim Kampf mit dem IS unterstützt werden. Rußland hingegen will die syrischen Kurden an den Verhandlungen beteiligen. Seit dem 27. Januar herrscht im Westen Syriens eine weitgehend eingehaltene Feuerpause. Sie erleichtert bereits nach wenigen Wochen die arbeitsteilige Kriegsführung Rußlands und des Assad-Regimes sowie der Westmächte, der Irakischen Armee und der Peschmerga gegen den IS in Syrien und im Irak.

2 Von der Debatte über einen Sturz Assads zu der über einen Frieden mit Assad

Die Befürworter einer westlichen Militärintervention meinten, daß der Westen nicht zusehen dürfe, wie eine skrupellose Partei- und Militärdiktatur wie die Assads eine gewaltlose liberale

und demokratische Massenbewegung blutig unterdrückt. Auch als viele Syrer immer mehr von gewaltlosen Demonstrationen zum bewaffneten Aufstand übergingen, hieß es, daß zumindest militärisch erzwungene Flugverbotszonen den Einsatz der syrischen Luftwaffe gegen die Aufständischen und vor allem die mit ihnen sympathisierende Zivilbevölkerung unterbinden sollten. Eine solche begrenzte Militärintervention, die einen politischen Kompromiß zwischen dem Regime und der Opposition zu befördern beabsichtigte, sollte möglichst durch den VN-Sicherheitsrat legitimiert werden, wie es im Falle Libyens geschah. Allerdings mißbrauchten die westlichen Interventionsmächte dann die VN-Resolution zur faktischen Unterstützung der Aufständischen und des Sturzes des Gaddafi-Regimes im Oktober 2011, so daß Rußland¹⁷ und die VR China danach nicht mehr bereit waren, eine ähnliche westliche Intervention in Syrien zu billigen.

Einige Befürworter einer westlichen Militärintervention vertraten die Ansicht, daß ein bloßer Luftkrieg keinen Regimewechsel herbeiführen könne. Ein solcher müsse in einen massiven internationalen Bodenkrieg wie in Afghanistan 2001 oder im Irak 2003 erzwungen und anschließend durch ein längeres Besatzungsregime abgesichert werden, wozu in der Regel die aufständischen bewaffneten Verbände nicht in der Lage seien. Der Sturz Gaddafis lediglich mit Hilfe internationaler Luftschläge war in dieser Sicht kein Vorbild, da sie kein stabiles Nachfolgeregime hervorbrachten. Manche Befürworter einer Demokratisierung mittels Militärintervention führten in den USA im Rahmen der Legitimation der Irak-Intervention im Jahre 2003 die Demokratisierung Deutschlands und Japans nach 1945 mittels militärischer Besetzung als Vorbild für den Nahen Osten an. Sie ignorierten dabei den zentralen Unterschied der Folgen eines Verteidigungs- und eines interventionistischen Angriffskriegs.

Prinzipielle Gegner einer Militärintervention mit Anspruch auf den Schutz von Menschenrechten und demokratischen Bewegungen verwiesen darauf, daß sie ein Angriffskrieg sei, der unter völkerrechtliches Verbot falle.¹⁸ Manche Interventionsgegner hielten zwar eine Legitimation durch den VN-Sicherheitsrat im Prinzip für denkbar und völkerrechtskonform, die aber im Falle Syriens wegen des von Anfang absehbaren Vetos Rußlands und der VR China ausgeschlossen war. Andere brachten pragmatische militärische und politische Argumente vor. Eine begrenzte Luftwaffenintervention wie in Libyen werde in Syrien mit seiner viel umfangreicheren und ethnoreligiös gespaltenen Bevölkerung (im Jahre 2006 Libyen: 5,7 Mill., Syrien 20,6 Mill. Einwohner) keinen Erfolg haben; eine Bodenintervention würde mehr als 100.000 Soldaten erfordern. Eine militärische Besetzung Syriens werde einen Guerillakrieg und eine erhebliche Ausweitung des islamistischen Terrorismus in der ganzen westlichen

Welt auslösen. Aber in der Öffentlichkeit und in den Regierungen der USA und der anderen NATO-Staaten fehle nach dem Desaster des Irakkrieges und den Mißerfolgen der Interventionspolitik in Afghanistan und Libyen die Bereitschaft für eine Militärintervention in Syrien.

Vor allem aber war von Anfang an absehbar, daß eine Militärintervention in Syrien einen heftigen Konflikt mit Rußland hervorrufen würde. Für Rußland ist Syrien unter dem Assad-Regime der letzte verlässliche Bündnispartner im Nahen Osten, nachdem Ägypten sich bereits unter Anwar as-Sadat ab 1972 außenpolitisch schrittweise von der Sowjetunion abgewandt und den USA zugewandt hatte und Saddam Hussein im Irak 2003 gestürzt und dort ein vorerst prowestliches Regime installiert worden war. Seit 1971 besitzt Rußland eine kleine Marinebasis in Tartus, die einzige überhaupt im Mittelmeer.

Die Interventionsoption fand im Westen im 2013 nochmals starke Befürworter, als bekannt wurde, daß das Assad-Regime im März und April und dann wieder im August auch Giftgas (Sarin) gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt hatte, dem nach verbreiteten Angaben etwa 1.400 Menschen zum Opfer fielen.¹⁹ Großbritannien, Frankreich, die Türkei und Saudi-Arabien forderten ein militärisches Eingreifen. Auch die US-Regierung Obama drohte offen damit. Aber auf Rußlands Initiative ließ sich das Assad-Regime auf eine Vernichtung seiner Gaswaffenbestände und seiner entsprechenden Produktionsanlagen unter internationaler Kontrolle und auf eine Unterzeichnung des 1997 in Kraft getretenen Chemiewaffenübereinkommens ein und entzog damit der westlichen Interventionsbereitschaft den Boden.

Als dann aber extremistische und besonders grausame sunnitische Islamisten erst im Nordwesten Iraks und dann auch im Osten Syriens die Herrschaft ergriffen und schließlich am 29. Juni 2014 die Errichtung eines Kalifats unter Abu Bakr al-Baghdadi (geb. 1971)²⁰ in einem ständig expandierenden staatsähnlichen Gebilde²¹ namens „Islamischer Staat“ (IS) auf über 200.000 qkm mit sechs Einwohnern²² verkündeten, entstand erneut eine westliche Interventionsbereitschaft mit völlig neuer Zielrichtung. Denn der IS bedroht nicht nur die bestehende oder die von der Anti-Assad-Opposition in Syrien angestrebte gesellschaftspolitische Ordnung, sondern die gesamte Staatenordnung im Nahen und Mittleren Osten.

3 Die schwache Nationalstaatlichkeit Syriens

Zum Verständnis, weshalb der aus dem „arabischen Frühling“ entstandene Konflikt in Syrien weitaus blutiger und länger anhaltend ist als der in Ägypten, Libyen und Tunesien, gehört sowohl ein Blick auf die inneren konfessionell-ethnischen Machtstrukturen, die sich infolge

der französischen Kolonialpolitik entwickelt hatten, als auch die ungefestigte und schwache syrische Nationalstaatlichkeit, die im wesentlichen auf die britisch-französische Aufteilung der arabischen und kurdischen Gebiete des Osmanischen Reiches auf recht willkürlich konstruierte Staaten zurückzuführen ist. Deren Grenzen wurden ohne Rücksicht auf die ethnoreligiösen Verbindungen nach geostrategischen und ökonomischen Gesichtspunkten (vor allem damals bekannte Erdölressourcen) gezogen. Dementsprechend konkurrieren vier verschiedene Arten des Nationalismus, also des Wunsches nach einem eigenen Staat.

Der auf die bestehenden, erst vor wenigen Jahrzehnten von den europäischen Kolonialmächten gebildeten Staaten im Nahen Osten bezogene Staatsnationalismus wurde der treibende Faktor für die Unabhängigkeit dieser Staaten und erwies sich in den vergangenen Jahrzehnten als dominante Form der Mobilisierung von Nationalbewußtsein. Allerdings ging er zuweilen Hand in Hand mit einem panarabischen, auf einen gesamt- oder doch wenigstens auf einen großarabischen Staat bezogenen Nationalismus, seltener mit einem panislamischen Nationalismus,²³ der große Teile oder die ganze islamische Welt in einem Staat vereinen will. Meist beschränken sich die beiden Pannationalismen auf eine gewisse Sympathie und Solidarität mit den politischen Freiheitsbestrebungen der anderen Araber oder Moslems. Sie hatten aber auch mehrmals kurzlebige Zusammenschlüsse von zwei oder drei Staaten zur Folge, ohne nachhaltig auf die Bildung eines gemeinsamen arabischen oder islamischen Staates hinwirken zu können.²⁴ Offenbar fehlte es für eine Vereinigung der arabischen Staaten an einer eindeutigen Hegemonialmacht wie Preußen oder Sardinien-Piemont wie im Falle der deutschen oder italienischen Staateneinigung. Ägypten war zu schwach, um diese Rolle einnehmen zu können.

So wurde der Pannationalismus nur virulent in gemeinsamen arabischen Kriegen gegen Israel 1948 und 1967 sowie in lockeren Staaten-Bündnissen der Arabischen Liga (seit 1945 und der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (seit 1969). Ansonsten blieb er eine wichtige Legitimationsquelle für viele arabische Staatsparteien und ihren Staatsnationalismus. Es lassen sich drei Etappen des Panarabismus unterscheiden, eine monarchisch-haschemitische, die am Ende des Ersten Weltkrieges dominierte und in Ausläufern bis 1958 währte, eine elitäre, säkulare, sozialistische der Offizierskasten von 1958 bis etwa 1977 und neuerdings die sunnitisch-islamistische, die sich auf deklassierte, höchst heterogene Bevölkerungsgruppen stützt, teils auf verarmende soziale Unter- und Mittelschichten, teils auf in den schiitisch beherrschten Staaten Syrien und Irak politisch marginalisierte, traditionelle sunnitische Stammesverbände und auf im Irak entlassene Angehörige der Streitkräfte Saddam Husseins, aber auch auf Zehntausende in Europa und in den Ex-Sowjetrepubliken sozial marginalisierte Sunniten.

Dieser Basis-Islamismus²⁵ hat wesentliche Inspiration durch salafistische und wahhabitische Denker erhalten. Der Panislamismus und die Kalifats-Idee, die vor allem bei Arabern Anklang finden, sind durchaus in der Lage, wie die Erfolge des Islamischen Staates demonstrieren, sowohl die innere Staatsordnung als auch die Staatenordnung der arabischen und islamischen Welt tiefgreifend zu erschüttern. Der IS beansprucht zunächst die Herrschaft über Irak und „Großsyrien“ („Scham“ = Syrien, Libanon, Jordanien und ganz Palästina), will also die völkerrechtlichen Folgen der Pariser Friedensverträge annullieren, aber darüber hinaus die heiligen Stätten in Mekka und Medina von den „Lakaien des US-Imperialismus“ (der Dynastie der Sauds) befreien. Letztlich träumen die Anhänger des IS davon, die ganze arabische und islamische Welt und schließlich den gesamten Erdball unter ihre Herrschaft zu bringen.

Die Staatsnationalismen müssen jedoch nicht nur mit den übergreifenden Pannationalismen konkurrieren, sondern auch mit den partikularen ethnischen (insbesondere den kurdischen) und konfessionellen Nationalismen, vor allem unter den Schiiten, den Alawiten, aber auch den Drusen und Christen. Syrien ist neben dem Libanon und dem Irak ein besonders krasses Beispiel für den Zusammenprall höchst gegensätzlicher staatsbegründender Loyalitäten für bestehende, vergangene oder in die Zukunft projizierte Staatsgebilde in einem internationalisierten Bürgerkrieg. Jedes Obsiegen eines der partikularen Nationalismen oder eines Pannationalismus in Syrien hat Folgen für das internationale Machtgefüge, was die intensive Beteiligung vieler anderer Staaten an dem Bürgerkrieg in Syrien hervorgerufen hat.

Die Instabilität der Staaten Libanon, Irak und Syrien, potentiell auch Bahrain, hängt damit zusammen, daß die herrschenden Eliten dieser Länder historisch bedingt ihre Machtbasis nur in einem Stamm oder Clan der jeweiligen religiösen Minderheiten hatten, im Libanon der Christen, im Irak der Sunniten und in Syrien der Alawiten. Diese Minderheiten stellten auch die Offiziere und einen großen Teil der Soldaten ihrer Länder, was auf die Herrschaftsmethoden der Kolonialmächte zurückzuführen ist.

Zur Politik im Ersten Weltkrieg gehörte es, daß alle Großmächte die nationalen Bestrebungen vieler Völker in den feindlichen Imperien stimulierten und ausnutzten, um deren Streitkräfte durch nationale Aufstände zu binden und zu schwächen.²⁶ So versprachen die Briten 1915/16 in einer Korrespondenz zwischen dem Hochkommissar Henry McMahon und dem Großscherifen von Mekka, Hussein ibn Ali (1853 bzw. 1856-1931), dessen haschemitischer Clan vom Stamm der Quaraisch²⁷ seit dem 10. Jahrhundert die Herrschaft über das Hedschas am Roten Meer, wenn auch seit 1517 unter osmanischer Oberherrschaft, ausübte, die Errichtung eines unabhängigen arabischen Königreiches zu unterstützen.²⁸ Dabei blieben jedoch dessen Gren-

zen unbestimmt. Hussein ließ sich im November zum „König der arabischen Länder“ ausrufen, wurde aber von Großbritannien und Frankreich nur als König des Hedschas anerkannt, nachdem er im Juni 1916 zum Aufstand gegen die osmanische Herrschaft aufgerufen hatte. Parallel zur Absprache mit den Arabern versprach der britische Außenminister Arthur James Balfour am 2. November 1917 in einer Deklaration an die britischen Zionisten, eine „nationale Heimstätte (*national home*) für das jüdische Volk in Palästina“ zu befördern.

Unabhängig hiervon hatten sich die britische und die französische Regierung am 16. Mai 1916 in einem Geheimabkommen, das zwischen den Diplomaten Mark Sykes und François Picot ausgehandelt worden war, auf die Aufteilung des nordarabischen Siedlungsgebiets geeinigt. Aufgrund dessen erhielt Frankreich das Völkerbundmandat über den Libanon, Syrien (mit dem Sandschak Alexandrette, der späteren Republik Hatay²⁹) und das Vereinigte Königreich Mesopotamien (Irak) und Palästina (mit dem heutigen Jordanien).

Nach der Abschaffung des Kalifats³⁰ durch die türkische Nationalversammlung im März 1924 erklärte sich Hussein, der König des Hedschas, zum Kalifen, fand aber keine breite Anerkennung unter den Arabern. Für die Dynastie der Sauds im Nedschd (im Inneren der arabischen Halbinsel, das von osmanischer und britischer Herrschaft frei blieb) war dies der Anlaß, noch im selben Jahr den Hedschas zu erobern und damit die wahhabitische³¹ Schutzherrschaft über die heiligen Stätten in Mekka und Medina zu übernehmen. 1932 rief sie das Königreich Saudi-Arabien aus. Ein Sohn Husseins, Feisal I. (1883-1933), der mit seinem Bruder Abdallah den Kampf der Beduinen in Kooperation mit dem britischen Verbindungsoffizier T. E. Lawrence gegen die Osmanen angeführt hatte, wurde vom Syrischen Nationalkongreß am 7. März 1920 in Damaskus zum König von Syrien proklamiert, worunter das heutige Syrien, Nordirak, Jordanien, der Libanon und Palästina verstanden wurde. Da sich jedoch der Oberste Rat der Alliierten (Großbritannien, Frankreich, Italien) in San Remo im April endgültig auf die Teilung des nördlichen Arabiens geeinigt hatte, vertrieben französische Truppen Faisal nach einer Schlacht gegen die Araber ins britische Exil. Die Briten erhoben ihn zum König von Irak (1921-1933) und seinen Bruder Abdallah ibn al-Hussein I. (1882-1951), der für einige Wochen König des Irak gewesen war, zum Emir von Transjordanien. Dieses Land erlangte als Königreich Jordanien erst 1946 die Unabhängigkeit, die der Irak schon 1930 erreicht hatte.

Der sunnitische Herrscher Iraks, eines Landes mit mehrheitlich schiitischer Bevölkerung, bevorzugte Sunniten in seinem Militärapparat. Die Sunniten machen etwa 25 % der Araber im Irak aus. Gegen die probritische Haltung der Dynastie richteten sich ein Militärputsch im Juli 1958 und die Ausrufung der Republik. Innerhalb des Militärs gewann die arabisch-

sozialistische Baath-Partei in zwei weiteren Putschen 1963 und 1968 die Oberhand. Damit geriet die Macht in die Hände von Männern aus dem sunnitischen Stamm al-Bu Nasir in Tikrit, zuerst von Ahmad Hasan al-Bakr (1968-1979), dann von Saddam Hussein (1979-2003).

Auf ähnliche Weise, wenn auch mit umgekehrter konfessioneller Ausrichtung, entstand in Syrien die Militärdiktatur des alawitischen Assad-Clans aus dem Stamm Kalabiyya im Dorf Qardaha, das im syrischen Küstengebirge liegt. Als arme Bauern konnten die Alawiten sich nicht wie viele sunnitische Bürgerliche vom Militärdienst freikaufen und stellten somit einen hohen Anteil am Militär. Zudem trug die französische Kolonialpolitik zur herausragenden Machtstellung der Alawiten bei. Bei der Übernahme des Völkerbundmandats 1922 verhinderte die Französische Republik die Etablierung einer sunnitischen Monarchie unter Faisal. Statt dessen spaltete sie den über lange Zeit christlich-maronitisch dominierten Libanon von Syrien ab und gliederte letzteres zunächst in mehrere föderierte Staaten: einen Alawitenstaat an der Mittelmeerküste, einen Drusenstaat südöstlich von Damaskus, einen Staat Aleppo und einen Staat Damaskus. Die beiden letzteren wurden 1936 zu Syrien vereinigt, an das dann der Alawitenstaat und der Drusenstaat angegliedert wurden. Im Juli 1939 wurde aber den Alawiten, Drusen und Kurden Autonomie gewährt, die im Juni 1942 wieder beseitigt wurde.

Zur französischen Herrschaftsstrategie gehörte es, den konfessionellen Minderheiten der Alawiten, Christen und zeitweise auch der Drusen bei der Besetzung von Posten im Militär und in der Verwaltung Vorrang einzuräumen. Damit wurde die Grundlage dafür geschaffen, daß nach mehreren Militärputschen die alawitische Dynastie der Assads die Macht ergreifen konnte, die die Kurden massiv diskriminierte und großen Teilen von ihnen selbst die Staatsangehörigkeit entzog. Auch die Sunniten wurden sozial erheblich benachteiligt. All dies trug dazu bei, daß kein starkes syrisches Nationalbewußtsein unter den Staatsangehörigen des Landes entstehen konnte und der Protest gegen das Regime nicht lange allgemeinen, liberal-demokratischen, sondern rasch ethno-konfessionellen Charakter annahm.

Grob gegliedert lassen sich die zahlreichen politisch-militärischen Verbände in zwei Gruppierungen gliedern: diejenigen, die um die Macht im Staate Syrien kämpfen und diejenigen, die den Staat Syrien beseitigen wollen. Um die Gesellschaftsordnung im Staate Syrien kämpfen im wesentlichen vier Parteiungen. Ihre im Jahre 1970 errungene Macht erhalten will das im Prinzip säkulare, religiös relativ tolerante Regime der Baath-Partei unter Baschar al-Assad, das jedoch im Laufe des Krieges immer mehr in seinem Herrschaftsbereich auf einen alawitischen Kern mit der Unterstützung von Christen in Westsyrien beschränkt wurde. Die syrischen Streitkräfte, die vor dem Krieg 300.000 Mann umfaßte, sind bis heute auf 80-100.000

Mann geschrumpft. Ihnen stehen bei alawitische Milizen, einige tausend schiitische Hisbolah-Kämpfer aus dem Libanon und wohl über 10.000 Revolutionsgardisten aus dem Iran.³²

Die Opposition, die für ein anderes Syrien kämpft, besteht zum einen aus der ursprünglich säkularen und teils liberalen, von den USA und vom Golf-Kooperationsrat unterstützten Freien Syrischen Armee mit etwa 45.000 Mann, die nach ihren ersten Anfangserfolgen viel an Boden verlor und sich in einen lockeren Dachverband auflöste³³, in dem mehr oder weniger moderate sunnitisch-islamistische Gruppen rasch an Gewicht gewannen. Zum zweiten spielt die Islamische Front mit etwa 40.000 Mann als ein Bündnis von mehreren Milizen wie der Bewegung der Levante (*Ahrar al-Scham*), die von der Türkei und Katar unterstützt wird, und der Armee des Islam (*Dschaisch al-Islam*), die sich auf Saudi-Arabien stützt, mit eindeutig islamistischen Zielsetzungen eine wichtige Rolle. Daneben gibt es aber weitere, unabhängige islamistische Kampfverbände mit ebenfalls meist nur lokaler oder regionaler Reichweite (etwa 9.000 Mann). Die islamistischen Kampfverbände haben viele Berührungspunkte mit der al-Qaida zugehörigen Unterstützungsfront (*al-Nusra-Front*) (etwa 10.000 Mann), mit der die moderaten Islamisten manchmal kooperieren, manchmal in blutige Kämpfe verstrickt sind.³⁴

Zwei weitere Oppositionsgruppierungen stellen die bestehende Staatsordnung in Frage. In Nordsyrien bildete die Demokratische Union PYD (*Partiya Yekitîya Demokrat*), die 2003 von der türkeikurdischen Partei PKK gegründet worden war, zusammen mit einigen anderen syrisch-kurdischen Parteien drei autonome Kantone³⁵, die den Kern eines zukünftigen „Westkurdistans“ (*Rojava*) nach dem Vorbild der Autonomen Region Kurdistan („Südkurdistan“) im Nordirak darstellen sollen. Gesellschaftspolitisch tendieren die syrischen Kurden aber mehr zu einer agrar-sozialistischen, polyethnischen und multikonfessionellen Selbstverwaltung.³⁶ Die kurdischen Kämpfer der seit dem Juli 2012 entstandenen Volksverteidigungseinheiten YPG sollen 30 - 50.000 Kämpfer umfassen.³⁷ Vor wenigen Tagen (am 16. März) riefen sie mit Unterstützung von christlichen Assyren und von einigen Arabern und Turkmenen die Autonome Region Nordsyrien aus.³⁸ Für Syrien streben die Kurden offenbar eine Föderalisierung an und sehen in den arabischen Islamisten eine größere Gefahr als im Assad-Regime, das seine Truppen kampflos aus den Kurdengebieten abgezogen hat und seine Gesetze zur Kurdendiskriminierung revidiert hat. Während die Kurden die Umgestaltung und im Extremfall die Teilung Syriens anstreben, so kämpfen viele Sunniten des IS für die Vereinigung zunächst Syriens und Iraks in einem neuen arabischen Kalifat, das schließlich die Herrschaft in ganz Arabien und weit darüber hinaus erringen soll. Dieser „Islamische Staat“ hat bislang die Herrschaft in Teilen Ostsyriens, des Westiraks, aber auch Libyens errungen.³⁹

4 Die Aussichtslosigkeit eines Siegfriedens in Syrien

Deshalb wurde am 5. September 2014 eine Internationale Allianz gegen den Islamischen Staat gegründet.⁴⁰ Danach begannen nach und nach die USA, Frankreich und Großbritannien sowie einige andere NATO-Staaten und die sunnitischen Staaten Saudi-Arabien, Jordanien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain, militärische Stellungen und Erdölanlagen des IS im Irak und in Syrien aus der Luft zu bombardieren, mit Zustimmung der Regierung in Bagdad und mit Duldung – und vielleicht auch in heimlicher Absprache mit – der Regierung in Damaskus. In den USA kritisierten einige Republikaner, daß nicht gleichzeitig auch Luftangriffe oder gar ein Einsatz von Bodentruppen gegen das Assad-Regime stattfanden, so daß jede Schwächung des IS auf eine Stärkung des Assad-Regimes hinauslaufe. Nach wie vor blieb aber im Westen die Bereitschaft der Öffentlichkeit und der Regierungen zu einem Einsatz von Bodentruppen sehr gering. Statt dessen wurde die Ausstattung der einheimischen Truppen im Irak, weniger in Syrien, mit Waffen und anderem Gerät und finanziellen Ressourcen massiv gefördert, so daß der „Islamische Staat“ wieder Gebiete verlor, vor allem im Nordirak an die Truppen (Peschmerga) der Autonomen Region Kurdistan, im Vorfeld Bagdads an die Irakische Armee und besonders spektakulär im Kampf um die Stadt Kobanê/Ain al-Arab an die kurdischen Kampfverbände an der Grenze Syriens zur Türkei. Unabhängig davon beschossen die türkischen Streitkräfte jedoch auch kurdische Stellungen in Nordsyrien. Denn die die Autonomie der Kurden in Nordsyrien wird von der Türkei längerfristig als eine militärische und politische Gefahr angesehen, da sie, wie schon die Autonome Region Kurdistan im Irak, als Vorbild für die Kurden der Türkei dienen könnte.

Die militärische und politische Lage in Syrien hat sich nochmals seit dem 30. September 2015 erheblich verändert, als Rußland begann, massiv die Stellungen von al-Nusra, gemäßigten Islamisten und auch der Freien Syrischen Armee im Nordwesten Syriens zu bombardieren und somit hier ein Vorrücken der Regierungstreitkräfte zu ermöglichen. Zuvor hatte es in Absprache mit dem Assad-Regime eine Luftwaffenbasis in Latakia errichtet, auf der 2 - 4.000 Mann stationiert gewesen sein sollen,⁴¹ ehe sie einige von ihnen überraschend am 15. März wieder zurückzog. Gleichzeitig bot Moskau den USA und den Westeuropäern an, gemeinsam den IS zu bekämpfen und internationale Friedensverhandlungen mit dem Ziel eines Kompromisses zwischen dem Assad-Regime und seinen säkularen und gemäßigt-islamistischen Gegnern in Gang zu setzen. Daran sollte nun auch der Iran beteiligt werden, der mit Irak, Syrien und der libanesischen Hisbollah eine schiitische Allianz bildet, die von Rußland aus geostrategischen und innenpolitischen neben rüstungsökonomischen Gründen unterstützt wird.

In den vergangenen Jahren hatten die USA und die sunnitischen arabischen Ländern es abgelehnt, den Iran in die Friedensverhandlungen mit einzubeziehen. Der Erfolg des vom Westen und Rußland gemeinsam erreichten Atomabkommens mit dem Iran vom 14. Juli 2015 trug ganz wesentlich dazu bei, daß der Westen nunmehr den Iran als Verhandlungspartner bei den Friedensgesprächen zum Syrienkonflikt akzeptiert. Vor allem aber setzte sich im Westen mehr und mehr die Ansicht durch, daß ein Frieden in Syrien nur mit dem Assad-Regime (wenn auch ohne die Person Baschar al-Assad), nicht ohne und gegen es herzustellen ist, da die Aussichten auf seine Besiegung infolge der militärischen Intervention Rußlands und der schiitischen Verbündeten des Regimes offensichtlich geschwunden sind.

Da dennoch im Westen wie in Saudi-Arabien nicht die Stimmen verstummen, auch Bodentruppen nach Syrien gegen den IS und gegen das Assad-Regime zu schicken, warnte der Ministerpräsident Rußlands, Dmitri Medwedew, kurz vor der Münchener Sicherheitskonferenz: „Alle Seiten müssten gezwungen werden, am Verhandlungstisch Platz zu nehmen, anstatt einen neuen Weltkrieg auszulösen.“⁴² Mit derartigen starken Worten⁴³ versucht die rußländische Führung den Westen zur Akzeptanz des Assad-Regimes, des „rechtmäßig gewählten Präsidenten“, und zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen des IS zu drängen.⁴⁴ Aus Rußlands Sicht haben die USA und der Westen in den letzten Jahrzehnten durch ihre Interventionspolitik in Afghanistan, Irak, Libyen und Jemen in verhängnisvoller Weise den islamistischen Terrorismus in der ganzen Welt, so auch in den ehemaligen Sowjetrepubliken befördert.⁴⁵

Die offene Frage ist also, ob das bestehende Baath-Regime so flexibel ist, dadurch zu überleben, daß es lediglich die führende Figur austauscht wie das ägyptische und das jemenitische Militärregime. Da die liberalen, säkularen und in Ansätzen demokratischen Kräfte in der syrischen Gesellschaft offenbar keine Mehrheit finden können, stellt sich für den Westen die Frage, ob er gemeinsam mit Rußland einer reformierten, säkularen, von den Alawiten dominierten Diktatur nicht einer islamistischen, von den Sunniten dominierten Diktatur mit ungeklärt radikaler Ausrichtung den Vorzug geben soll. Dies könnte jedoch einen schwerwiegenden Konflikt der Westmächte mit Saudi-Arabien und den Golfstaaten hervorrufen, während die Türkei vielleicht einlenken würde, wenn dabei die kurdischen autonomistischen Kräfte wieder unter die Herrschaft eines zentralistisch regierten Syriens kämen. Gegen ein solches Szenario spricht jedoch, daß die sunnitische Bevölkerungsmehrheit Syriens nicht mehr bereit sein wird, sich einer alawitisch dominierten Militärherrschaft – mit oder ohne Assad – zu unterwerfen, so daß es vielleicht auf lange Zeit keinen Frieden in Syrien geben wird. Es müssen also andere Perspektiven des Syrienkonflikts in Betracht gezogen werden.

5 Nationaler Ausgleich durch ethno-konfessionelle Föderalisierung

Wie ist eine Beendigung des internationalisierten Bürgerkrieges in Syrien denkbar? Eher unwahrscheinlich ist es, daß die mit den Bürgerkriegsparteien verbündeten Staaten sich auf einer großen Friedenskonferenz in Wien auf einen Frieden in Syrien einigen und diesen den Syrern aufzwingen, wie seinerzeit in Sèvres (im August 1920) und im Völkerbundsmandat 1922. Selbst wenn alle Staaten ihre Truppen und Milizen zurückziehen und ihre Waffenlieferungen einstellen würden, ist mit einer Fortsetzung des Bürgerkrieges für einige Zeit zu rechnen. Der Schlüssel für einen Frieden liegt also letztlich bei den Syrern selbst. Entweder kämpfen sie solange weiter, bis eine der Kriegsparteien in einem weitgehend zerstörten und entvölkerten Land endlich den Sieg erringt, was heute weniger als vor drei oder vier Jahren in Aussicht steht, oder sie einigen sich eines Tages auf einen Kompromißfrieden wie das in vielen anderen Kriegen der letzten Jahrzehnte geschah, wenn endlich die Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung die Siegeszuversicht überwiegt.⁴⁶ Allerdings ist bis heute keine nennenswerte Friedensbewegung in Syrien⁴⁷ und nicht einmal unter den Flüchtlingen erkennbar.

Zweifellos ist aber eine Einigung der in dem Krieg involvierten Staaten eine wichtige Voraussetzung dafür, daß nicht wegen einer grob ungleichen militärischen Unterstützung entweder des Assad-Regimes oder der Opposition, eine dieser beiden Seiten mit einem Sieg rechnen kann. Zur Zeit sieht es so aus, daß die massive rußländische Militärintervention zugunsten des Assad-Regimes einen Sieg der sunnitischen Islamisten verhindern und die USA zur Abkehr von der unbedingten Erzwingung eines Sieges der Opposition bewegen wollte, womit eine beträchtliche weltpolitische Prestigesteigerung Rußlands verbunden wäre. Dafür stehen die Chancen nicht schlecht, da in den USA sicher die Illusion zerstört ist, daß eine säkulare, liberal-demokratische Opposition in Syrien die Macht in Wahlen erringen könnte. Die politische Entwicklung der letzten drei bis vier Jahre im Irak, in Ägypten und in Libyen dürfte derartige Illusionen über den arabischen Frühling für sehr lange Zeit zerstört haben. Zur Debatte steht also nur, ob die beiden Großmächte sich auf eine modifizierte säkulare Diktatur à la Ägypten oder Jemen unter Erhaltung wesentlicher Machtpositionen der etablierten Militärelite einigen können (was die Präferenz Rußlands und vermutlich auch Irans wäre) oder eine Möglichkeit finden, auch gemäßigte sunnitisch-islamistische Kräfte an der Macht zu beteiligen (was hauptsächlich im Interesse der Bündnispartner der USA wäre, also der Türkei, Saudiarabiens und der Golfstaaten). Einen offenen Konflikt zwischen den Bündnispartnern und den USA können beide sich nicht leisten. Andererseits haben die USA nicht mehr die Macht, ihre Bündnispartner zu einem Frieden zu zwingen, weshalb mit einer langanhaltenden Verzögerung

runbspolitik der Bündnispartner zur Verhinderung eines Kompromißfriedens zu rechnen ist, es sei denn innenpolitische Zwänge (türkischer Bürgerkrieg gegen die Türkeikurden, Unruhen der Schiiten in Saudiarabien und Bahrain) wirken dagegen. Es ist allerdings selbst theoretisch schwer vorstellbar, wie eine solche alawitisch-sunnitische, mehr autokratische als wahl demokratische Doppelherrschaft in Syrien aussehen könnte. Bei einem Kompromißfrieden ist eine vollständige Entwaffnung der beteiligten Bürgerkriegsparteien eher unwahrscheinlich. Näher liegt eine Perspektive mit regional getrennten Hegemonialsphären der Bürgerkriegsarmeen wie im Irak und in Bosnien-Herzegowina, die durch eine formale, föderalistische Gesamtstruktur des Staates Syrien⁴⁸ überwölbt werden, auch wenn dies zu ethno-konfessionellen Vertreibungen führen würde.⁴⁹ Kaum vorstellbar ist eine Aufteilung Syriens und Iraks, „der Frankenstein-Kreationen des europäischen Kolonialismus“, in „Sunnistan“, „Schiastan“, Kurdistan und einen Alawitenstaat, wie vorgeschlagen wurde.⁵⁰

Da kein Staat an einem Sieg des IS oder der al-Nusra-Front wirklich Interesse hat und sie allenfalls klammheimlich aus taktischen Gründen im Kampf zwischen den anderen Bürgerkriegsparteien unterstützt werden, wird ein Frieden vermutlich nur in zwei Etappen herstellbar sein: erst in einem Kompromißfrieden zwischen dem Assad-Regime und der Opposition und anschließend in einem Siegfrieden über den IS (und wohl auch über die al-Nusra-Front). Denn es ist derzeit überhaupt nicht erkennbar, daß diese beiden islamistischen Parteien überhaupt bereit sein könnten, sich auf Friedensverhandlungen zur Erzielung eines politischen Kompromisses einzulassen. Allerdings sollte man aufmerksam politische Veränderungen in diesen beiden Kriegsparteien in Richtung auf einen Friedenskompromiß beobachten.

Falls sich das Assad-Regime und die Opposition sich auf eine föderalistische Gesamtstruktur einigen, die den Alawiten, den Kurden, den Sunniten und vielleicht auch den Drusen eigene Teilstaaten in einem lockeren Dachstaat Syrien gewährt, würde dies die Chancen erhöhen, daß sich die sunnitischen Stammesführer von ihrer Allianz mit den IS-Ideologen befreien. Dies würde eine entsprechende Stärkung der Sunniten im Irak erfordern, so daß der syrische Friedensprozeß nur im sehr engen Zusammenhang mit dem irakischen Friedensprozeß vorankommen kann. Auch im letzteren ist eine Einflußteilung zwischen den sunnitischen Golfstaaten und dem Iran, außerdem eine Änderung der türkischen Kurdenpolitik unerlässlich. Solange die türkische Regierung auf eine Unterwerfung der Kurden in all drei postosmanischen Staaten fixiert ist, bleibt sie an einer Fortsetzung des Syrienkrieges und der Verhinderung einer effektiven Föderalisierung Iraks interessiert. Nur durch eine Wiederaufnahme der Politik des Ausgleichs mit den Türkeikurden kann die Türkei es verhindern, daß eine Föderalisierung

Iraks und Syriens sich destabilisierend auf die Türkei auswirkt. Obwohl die Kurden sowohl im Irak als auch in Syrien militärisch schwächer sind als die Araber, so profitieren sie doch davon, daß vorerst weder im Irak noch in Syrien kaum wieder ein gesamtarabisches Unterwerfungspotential, wie es noch unter alawitischer Führung unter Assad oder sunnitischer Führung unter Saddam Hussein existierte, entstehen wird. Kluge kurdische Politik im Irak wie in Syrien wird sich mit weitreichender Autonomie und De-facto-Staatlichkeit begnügen und nicht durch Unabhängigkeitserklärungen den Widerstand der gesamten Staatenwelt und eines sich vorübergehend einigenden, bloß antikurdischen Arabismus zu provozieren.

6 Begrenzte Aussichten auf einen russisch-westlichen und sunnitisch-schiitischen-kurdischen Frieden zur gemeinsamen Kriegführung gegen den Islamischen Staat

Die Terroranschläge der islamistischen Kräfte des Islamischen Staates, der Al-Quaida und verwandter Gruppierungen in Europa, in Rußland und in Nordamerika schaffen gewisse Aussichten auf eine Kooperation des Westens und Rußlands bei einer stufenweisen Friedensstiftung im Nahen und Mittleren Osten wie schon bei dem Atomabkommen mit dem Iran. Dies könnte sich auf die Chancen einer kooperativen und friedensorientierten Politik auch im Donbass- und Krimkonflikt positiv auswirken. Eine solche stufenweise Friedensstiftung schließt allerdings vermutlich die gemeinsame militärische Vernichtung des Islamischen Staates mit ein, aber gleichzeitig eine Stärkung der sunnitischen politischen Positionen im Irak und in Syrien voraus. Denn ein Ende des Islamischen Staates wird sich aber kaum durch eine alawitisch-schiitische und kurdische Eroberung der sunnitischen Siedlungsgebiete erzielen lassen. Auch ein gemeinsamer rußländisch-US-amerikanischer Bodenkrieg, der von saudiarabischen und jordanischen Truppen unterstützt wird, gegen den IS ist eher unwahrscheinlich, eher eine Fortsetzung des arbeitsteiligen Luftkrieges. Eine solche Politik ist zur Zeit nicht einmal in Ansätzen erkennbar. Auch die Aussichten auf eine solche Politik sind eher begrenzt, weil ein Friedensschluß in Syrien (wie auch im Irak) ganz wesentlich von der Friedensbereitschaft sowohl der sunnitischen, schiitisch-alawitischen arabischen als auch der kurdischen Kriegsparteien in den beiden Staaten selbst, ihren sunnitischen Nachbarstaaten und vom Iran abhängt, die bislang noch recht gering zu sein scheint. Auch die Ansätze eines neuen Bürgerkrieges im Libanon bei einem Anhalten des syrischen sind nicht zu übersehen. Frieden im Nahen und Mittleren Osten ist zwar denkbar, aber realiter in den kommenden Jahren und vielleicht noch länger eher unwahrscheinlich. Europa muß sich also auf die Zuflucht von weiteren Millionen Menschen, vor allem Sunniten, unter denen die Dschihadisten wirken, einstellen.

¹ Sie war allerdings schon fast fünf Jahre zuvor von der Exilregierung Charles de Gaulles nominell für unabhängig erklärt worden und Gründungsmitglied der Vereinten Nationen gewesen.

² Bawey, Ben: Assads Kampf um die Macht. Eine Einführung zum Syrienkonflikt, Wiesbaden: VS Springer 2016; Gerlach, Daniel 2016: Was in Syrien geschieht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 8, S. 6-14; Gerlach, Daniel 2015: Herrschaft über Syrien. Macht und Manipulation unter Assad, Bonn; Heydemann, Steven: Syria and the Future of Authoritarianism, in: Journal of Democracy 244 (4/2013), S. 59-73; Perthes, Volker 1990: Staat und Gesellschaft in Syrien, Hamburg.

³ Siehe die Vorlesung „Demokratisierung oder Diktaturerneuerung als Ergebnis des arabischen Aufbruchs“, in: Jahn, Egbert 2015: Politische Streitfragen, Bd. 4. Weltpolitische Herausforderungen, Wiesbaden, S. 192-209.

⁴ Zine el-Abidini Ben Ali (1987 bis 14. Januar 2011) in Tunesien, Muhammad Husni Mubarak in Ägypten (1981 bis 11. Februar 2011), und Ali Abdullah Salih (1978 bis 22. Januar 2012) in Jemen.

⁵ Saddam Hussein herrschte von 1979 bis 9. April 2003 im Irak, Muammar al-Gaddafi von 1969 bis 20. Oktober 2011.

⁶ Hilfreiche Karten zur Vorlesung finden sich unter

http://gulf2000.columbia.edu/images/maps/Syria_Population_Demog_lg.png;

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Syria_2016_administrative_divisions_-_de_-_colored.svg;

http://gulf2000.columbia.edu/images/maps/Syria_Ethnic_Detailed_lg.png;

https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Syriens#/media/File:Sykes-Picot-1916_german.gif;

https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Syriens#/media/File:French_Mandate_for_Syria_and_the_Lebanon_map_de.svg;

<http://images.google.de/imgres?imgurl=https://niwelt.files.wordpress.com/2015/09/wp-id-2000px-syria16.png&imgrefurl=https://niwelt.wordpress.com/2015/09/19/situation-in-syrien-kar->

te/&h=1716&w=1944&tbnid=FrL8tbdKtnrqNM:&tbnh=134&tbnw=152&docid=P2GmZGJsHrFk3M&usq=__aXtNfqGwZxE594HTVSQn1LRzBdE=&sa=X&ved=0ahUKEwiGhMnXlprMAhVDiywKHctcA5kQ9QEIPDAI;

<https://de.wikipedia.org/wiki/Rojava>;

http://gulf2000.columbia.edu/images/maps/Syria_Federal_Option_sm.png.

⁷ Löchel, Christin (Red.) 2015: Der neue Fischer Weltalmanach 2016, Frankfurt, S. 440.

⁸ Die Alawiten entstanden im Irak als eine Abspaltung von den Schiiten gegen Ende des 9. Jahrhundert und wurde jahrhundertlang Nusairier genannt. Im 12. Jahrhundert setzten sie sich vor allem im syrischen Küstengebirge fest. Erst Ende des 19. Jahrhunderts begannen sie sich als Ali-Anhänger, Alawiten, zu bezeichnen, um ihrer Diskriminierung durch andere Moslems zu entgehen. Sie sind nicht zu verwechseln mit den türkischen und kurdischen Aleviten, einer schiitischen, recht undogmatischen Glaubensrichtung aus dem 13./14. Jahrhundert.

⁹ Die Drusen sind eine eigenständige Religionsgemeinschaft, die sich im 11. Jahrhundert in Ägypten aus der Schia mit der Aufnahme von religiösen Elementen (wie der Reinkarnationslehre) aus anderen Religionen entwickelt hat.

¹⁰ In einem Spiegel-Interview bezeichnete Baschar al-Assad dies später als Fehler, in: Brinkbäumer, Klaus/ Bednarz, Dieter 2013: Blut und Seele, in: Der Spiegel Nr. 41 vom 7. Oktober, S. 87.

¹¹ Den Übergang vom gesellschaftspolitischen Konflikt zum immer grausamer werdenden Bürgerkrieg mit vielfach gebrochenen und widersprüchlichen konfessionell-ethnischen Bruchlinien wird eindringlich geschildert in: Helberg, Kristin 2014: Brennpunkt Syrien. Einblick in ein verschlossenes Land, Freiburg.

¹² Doppelt soviel Tote wie bisher angenommen, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-02/syrienkrieg-bilanz-bericht-tote-bevoelkerung-verletzte>. Laut der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte starben bis Ende 2015 261.000 Menschen, <http://www.faz.net/aktuell/politik/kampf-gegen-den-terror/kaempfe-seit-fuenf-jahren-55-000-tote-durch-terror-und-krieg-in-syrien-13992437.html#/elections>.

¹³ Syrian Regional Refugee Response, <https://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>. Siehe auch: Flüchtlingsdrama Syrien, https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/syrien/wc/J102?gclid=CL3sn6PHwssCFUE_GwodxjJ5w.

¹⁴ Israel, das an sich mit dem Assad-Regime trotz seiner Unterstützung durch den Iran besser leben kann als mit einem sunnitisch-islamistischen Regime in Damaskus, sieht mit Besorgnis das Erstarken der Hisbollah und bombardiert hin und wieder in Syrien Waffenkonvois für die Hisbollah und gerät auch auf dem Golan in kurze Gefechte mit den syrischen Regierungs- oder Oppositionsstreitkräften.

¹⁵ The Soufan Group 2015: Foreign Fighters. An Updated Assessment of the Flow of Foreign Fighters into Syria and Iraq, http://soufangroup.com/wp-content/uploads/2015/12/TSG_ForeignFightersUpdate4.pdf, S. 5. Unter den ausländischen Kämpfern sollen 6.000 aus Tunesien, 2.500 aus Saudi-Arabien, 2.400 aus Rußland, 2.100 aus der Türkei, 2.000 aus Jordanien und 5.000 aus Westeuropa sein, darunter 760 aus Deutschland.

¹⁶ Bei der erfolglosen Genfer Syrien-Konferenz im Januar und Februar 2014 hatten die syrische Opposition, die arabischen Länder und die USA noch eine Teilnahme Irans abgelehnt.

¹⁷ Malek, Martin 2015: Kampf dem Terror? Russlands Militärintervention in Syrien, in: Osteuropa Nr. 11/12, S. 5; Allison, Roy 2013: Unheilige Allianz. Rußlands Unterstützung für das Assad-Regime, in: Osteuropa 63, Heft 9, S. 17-43, hier S. 18-20.

¹⁸ Siehe hierzu die Vorlesung „Kosovo, Libyen und anderswo. Militärinterventionen zum Schutze der Menschenrechte („humanitäre Interventionen“), in: Jahn, Egbert 2012: Politische Streitfragen, Bd. 3. Internationale Politik, Wiesbaden, S. 57-73.

¹⁹ Reuter, Christoph/ Stark, Holger 2013: Von roten Linien, in: Der Spiegel Nr. 36 vom 2. September; Meier, Oliver 2013: Chemiewaffen in Syrien. Wie sich die Bedrohung verringern läßt, SWP-Aktuell Nr. 35; Meier, Oliver: ‚Mission unaccomplished‘. Syrien und die Chemiewaffen-Abrüstung, in: Vereinte Nationen 62 (1/2014), S. 15

²⁰ Kalif „Ibrahim“ beansprucht haschemitische Abstammung und nimmt mit seinem Beinamen Abu Bakr auf den ersten Nachfolger des Propheten Mohammed Bezug. Zur Entstehung des IS und seiner geistigen Grundlage siehe Günther, Christoph 2014: Ein zweiter Staat im Zweistromland? Genese und Ideologie des „Islamischen Staates Irak“, Würzburg.

²¹ Das Gebilde würde erst nach einem Waffenstillstand zu einem De-facto-Staat mit einem abgegrenzten Territorium, auf dem die bereits weitgehend bestehende Staatsgewalt über ein abgegrenztes Volk ausgeübt werden würde. Zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand sind aber weder der IS, noch seine Feinde bereit.

²² Musharbash, Yassin 2015: Wo der Terror Staat macht, in: Die Zeit vom 19. November, S. 5; Böhm, Andrea u.a. 2015: Ein bisschen Krieg, in: Die Zeit vom 8. Oktober, S. 8.

²³ Während arabischer (Pan-)Nationalismus die religiösen Differenzen der Araber herunterspielt, betont der Pan-Islamismus die geringe Bedeutung ethnischer und nationaler Unterschiede, so daß beide Nationalismen in oft scharfem Widerspruch zueinander stehen.

²⁴ Die Vereinigte Arabische Republik, bestehend aus Ägypten und Syrien von 1958-1961, in loser Verbindung mit Nordjemen, scheiterte ebenso wie die nur wenige Wochen im Jahre 1958 bestehende Arabische Föderation zwischen den haschemitischen Monarchien Jordanien und Irak, die mit dem Sturz des irakischen Königtums endete. Nach dem Putsch der Baath-Parteien in Syrien und Irak 1963 gab es erneut Versuche zur Bildung einer Arabischen Republik, nunmehr zwischen den „arabisch-sozialistischen“ Staaten Ägypten, Syrien und Irak, die rasch an nationalen Vorbehalten gegen die absehbare Vorherrschaft der Ägypter scheiterte. Nicht weniger kurzlebig waren die anschließenden Integrationsversuche zwischen Syrien und Irak 1964, Ägypten und Irak 1964-1966, zwischen Ägypten, Libyen, Sudan und Syrien zwischen 1969 und 1977 (Föderation arabischer Republiken), zwischen Jordanien und Syrien 1975 und zwischen Libyen und Syrien 1980.

²⁵ Bezeichnungen wie Islamismus und Islamischer Staat sind an sich irreführend, da sie eine Einheit und eine Solidarität der Muslime suggeriert, die fast gar nicht existiert, weil Sunniten, Schiiten und die anderen islamischen Konfessionen oft einen (konfessionell intoleranten) Alleinvertretungsanspruch für den wahren Islam erheben. Richtiger wären Bezeichnungen wie Sunnitismus und Sunnitischer Staat, entsprechend auch Schiismus und Schiitische Republik für die wichtigsten Formen des politischen Islams.

²⁶ Leonhard, Jörn 2014: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München, S. 227-236.

²⁷ Die Autorität der Haschemiten gründet sich auf ihre Abstammung vom Urgroßvater Mohammeds, Haschim ibn Abd Manaf.

²⁸ Eine Übersicht über die arabische Geschichte bietet Halm, Heinz ⁴2015. Die Araber. Von der islamischen Zeit bis zur Gegenwart, München.

²⁹ Die Republik Hatay nordwestlich vom heutigen Syrien schenkten die Franzosen 1939 der Türkei, um sie für einen Kriegseintritt gegen das Deutsche Reich zu gewinnen, was jedoch nicht gelang.

³⁰ Das Amt des Kalifen (Nachfolger des von Gott gesandten Propheten) wurde nach dem Tode Mohammeds im Jahre 632 von den muslimischen Führern für den Schwiegervater Mohammeds Abu Bakr geschaffen und an sunnitische Herrscher weitergegeben, und zwar nur innerhalb eines arabischen Stammes, der Quaraisch. Zu Beginn des 10. Jahrhunderts entstanden für einige Jahrhunderte auch mehrere konkurrierende Kalifate, sogar zeitweise ein schiitisches in Kairuan/ Tunesien. Im Jahre 1517 übernahmen jedoch die osmanischen Sultane nach der Eroberung Kairos das Kalifenamt, das sie bis 1924 behielten, als das Amt von der türkischen Nationalversammlung abgeschafft wurde, nachdem sie zwei Jahre zuvor die Republik Türkei ausgerufen hatte.

³¹ Muhammad ibn Abd al-Wahhab (1702/03-1792) begründete eine streng orthodoxe Lehre des sunnitischen Islams und schloß 1744 einen Pakt mit der Dynastie der Saudis in Innerarabien. Vom saudischen Wahhabismus übernahmen al-Qaida und der „Islamische Staat“ wesentliche ideologische Grundsätze, so daß beide zeitweise aus Saudi-Arabien und Katar erhebliche materielle Unterstützung erhielten. Das änderte sich erst, als die beiden extrem islamistischen Organisationen die Regime in Saudi-Arabien und Katar wegen ihres Bündnisses mit den „Ungläubigen“ (den USA) grundsätzlich ideologisch und auch mit Terrorakten angriffen.

³² Hermann, Rainer 2016: Bürgerkrieg in Syrien. Schlachtfeld der muslimischen Völker, in: FAZ-Net vom 15. März, http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/buergerkrieg-in-syrien-schlachtfeld-der-muslimischen-voelker-14115332-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2.

³³ Diese und die folgenden Zahlenangaben nach Gutschker, Thomas 2016: Syrien nach fünf Jahren Krieg, in: Frankfurter Allgemeine vom 19. Januar, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/lage-in-syrien-nach-fuenf-jahren-buergerkrieg-unuebersichtlich-14037420.html>.

³⁴ Die sich ständig wandelnden politischen Dachverbände der Opposition wie der Syrische Nationalrat, das Nationale Koordinationskomitee für den demokratischen Wandel, die Nationale Koalition der Revolutions- und Oppositionskräfte und das Hohe Verhandlungskomitee sind den militärischen Verbänden nicht eindeutig zuzuordnen.

³⁵ Afrin/ Efrîn, Ain al-Arab/ Kobanê, al-Hasaka/ Cizîrê.

³⁶ Brauns, Nikolaus 2015: Die Kurden in Syrien und die Selbstverwaltung in Rojava, in: Edlinger, Fritz/ Kraitt, Tyma (Hg.) 2015: Syrien. Ein Land im Krieg. Hintergründe, Analysen, Berichte, Wien, S. 139-156.

³⁷ Mit ihnen hat sich die christliche (aramäisch-assyrische) Miliz *Sutoro* (ca. 1.000 Mann) verbündet.

³⁸ Manche Kurden träumen sicher auch von einer Vereinigung Westkurdistan mit Südkurdistan, irgendwann später auch mit Nordkurdistan (in der Südosttürkei), also des Gebiets, das gemeinsam zum Osmanischen Reich gehört hatte. Hingegen ist das sogenannte „Ostkurdistan“ (im Westiran) bereits seit 1639 von den postosmanischen kurdischen Gebieten staatlich getrennt. Siehe hierzu die Vorlesung „Auf dem Weg zu zwei, drei, vier Kurdistans?“, in: Jahn, Egbert 2012: Politische Streitfragen, Bd. 3. Internationale Politik, Wiesbaden, S. 177-193; Schmidinger, Thomas 2014: Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan. Analysen und Stimmen aus Rojava, Wien

³⁹ Hermann, Rainer 2015: Endstation Islamischer Staat? Staatsversagen und Religionskrieg in der arabischen Welt, München; Neumann, Peter R. 2015: Die neuen Dschihadisten. IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus, Berlin; Napoleoni, Loretta 2015: Die Rückkehr des Kalifats. Der Islamische Staat und die Neuordnung des Nahen Ostens, Rotpunktverlag: Zürich; Todenhöfer, Jürgen 2015: Inside IS – 10 Tage im ‘Islamischen Staat’, München; Warrick Joby 2015: Black Flags: The Rise of ISIS, New York: Buchta, Wilfried 2015: Terror vor Europas Toren. Der Islamische Staat. Iraks Zerfall und Amerikas Ohnmacht, Frankfurt a.M.: Cockburn, Patrick 2015: The Rise of Islamic State. ISIS and the New Sunni Revolution, London/ Brooklyn.

⁴⁰ Gründungsmitglieder waren die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Dänemark, die Türkei, Australien und Kanada. An den Luftangriffen beteiligen sich auch die Niederlande und Belgien. Waffen liefern auch Tschechien, Ungarn und Griechenland, siehe Schulte von Drach, Markus C. 2015: Wer gegen den IS kämpft. Anti-IS-Koalitionen, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. November, <http://www.sueddeutsche.de/politik/anti-is-koalitionen-wer-gegen-den-islamischen-staat-kaempft-1.2739217>.

⁴¹ Zu den rußländischen militärischen Aktivitäten in Syrien im einzelnen siehe Malek 2015 (Anm. 17), S. 3-21.

⁴² dpa 2016: Medwedew warnt bei Bodentruppen in Syrien vor „Weltkrieg“, in: Handelsblatt vom 11. Februar, <http://www.handelsblatt.com/politik-medwedew-warnt-bei-bodentruppen-in-syrien-vor-weltkrieg/12947958.html>

⁴³ In München selbst sagte Medwedew: „Wir rollen rasend schnell auf eine Phase des neuen Kalten Krieges zu. Russland wurde beinahe als die größte Bedrohung für die NATO oder für Europa, Amerika und andere Staaten dargestellt,“ in: Russia Today 2016: Vollständige Rede des russischen Premierministers Medwedew auf Münchener Sicherheitskonferenz, <https://deutsch.rt.com/international/36838-vollstaendige-rede-russischen-premierministers-medwedew/>.

⁴⁴ Malek 2015 (Anm. 17), S. 20.

⁴⁵ Souleimanov, Emil A. 2015: Ein umkämpftes Dreieck. Russland, der Westen und der ‚Islamische Staat‘, in: Osteuropa Nr. 11/12, S. 25. Der Autor meint allerdings, daß Moskau sich nicht durch vom IS zurückkehrende Terroristen bedroht fühle und auch kein Interesse an einer zu starken Schwächung des IS habe, der die westliche Aufmerksamkeit von Rußlands Politik in der Ukraine und zur Stützung von Assad ablenke (S. 26-30). Ganz anders interpretiert Allison 2013 (Anm. 17) die Interessen Rußlands, die vorrangig auf die gesellschaftspolitische Haltung der Unterstützung von autoritären Regimen und damit auf die Einhaltung des Souveränitäts- und Nicht-einmischungsprinzip auch in Hinblick auf Rußland selbst, damit auch auf die Abwehr des sunnitischen Dschihadismus in den postsowjetischen Staaten, außerdem auf geostrategische Allianzen gegen die Vormacht der USA gerichtet seien.

⁴⁶ „Ohne eine gewisse Balance der Schwäche, ohne ein beidseitig ‚schmerzhaftes Patt‘ (William Zartman) werden Bürgerkriege nicht durch Verhandlungen beendet“, Perthes, Volker 2013: Modell vom Zerfall. Warum es uns nicht gleichgültig sein darf, was in Syrien geschieht, in: Internationale Politik Nr. 6, S. 8-16, hier S. 16.

⁴⁷ Zu den Konzepten der syrischen Opposition für die Zukunft des Landes siehe Mahmoud, Rostum/ Rosiny, Stephan 2015: Opposition visions for preserving Syria’s ethnic-sectarian mosaic, GIGA Working Papers Nr. 279, Hamburg.

⁴⁸ Etwas holzschnittartig, wenn auch im Grundsatz überzeugend schlägt Wolffsohn, Michael 2015: Zum Weltfrieden. Ein politischer Entwurf, München für Syrien und sehr viel andere Staaten eine territoriale und zusätzlich meist auch personale Föderalisierung als Bedingung für die Fortexistenz dieser Staaten vor.

⁴⁹ Rosiny schlägt eine Machtteilung zwischen den ethno-konfessionellen Gemeinschaften ohne Territorialisierung vor, in: Rosiny, Stephan 2014: ‚Des Kalifen neue Kleider‘: Der Islamische Staat in Irak und Syrien, in: GIGA focus Nr. 6, Hamburg, S. 7, vgl. auch: Rosiny, Stephan 2013: Power Sharing in Syria: Lessons from Lebanon’s Taif Experience, in: Middle East Policy 20, Heft 3, S. 41-55 und Rosiny, Stephan 2013: Ausweg aus dem Bürgerkrieg. Machtteilung in Syrien, in: Osteuropa 63, Heft 9, S. 3-15, hier S. 14 f..

⁵⁰ Bauer, Wolfgang 2015: Gebt den Sunniten einen Staat! Der Nahe Osten braucht eine neue Ordnung, um den Hass zu besiegen, in: Die Zeit vom 3. Dezember, S. 3.